

VERGABEUNTERLAGEN

Ausschreibung

Öffentliche Ausschreibung(UVgO)

2026002674 - Frauenakademie 2026

Der Auftraggeber weist ausdrücklich auf das Zuschlagsverbot im Zusammenhang mit dem 5. EU-Sanktionspaket betreffend den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hin (Art. 5k Abs. 1 Verordnung (EU) 2022/576), das die Vergabe an russische oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, an juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer solchen Organisationen gehalten werden, sowie an natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der zuvor genannten Organisationen handeln, verbietet. Von diesem Verbot erfasst sind auch solche Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden, wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

AUFTRAGGEBER

Landkreis Marburg-Biedenkopf

Im Lichtenholz 60, 35043 Marburg, Deutschland

21.05.2026

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen	1
Projektinformation	1
Vertragsbedingungen/Formulare	3
Öffentlich ohne Lose (UVgO 2019)	3
631_UVgO_Aufforderung_zur_Abgabe_eines_Angebots 2026.....	3
632_Bewerbungsbedingungen.....	7
633_UVgO_Angebotsschreiben_ohne_Losen	9
634_Besondere_Vertragsbedingungen_Liefer-Dienstleistungen	11
Weitere Besondere Vertragsbedingungen UVgO 2026	13
635_Zusaetzliche_Vertragsbedingungen_Liefer-Dienstleistungen	16
234_Erklaerung_Bietergemeinschaft	17
124_Eigenerklaerung_LD.pdf.....	18
F_Eigenerklärung zur Eignung 2017	20
F. Eigenerklärung zur Eignung	20
UBerufsgenossenschaft / Haftpflichtversicherung.....	20
UZusätzliche Angaben über meine / unsere Firma	20
UReferenzen über durchgeführte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen mit inhaltlich ähnlicher Ziel.	21
Bezeichnung der Maßnahme:	21
Bezeichnung der Maßnahme:	21
Bezeichnung der Maßnahme:	21
Produkte/Leistungen	24
Eignungskriterien.....	26
Leistungskriterien	27
Anlagen	28

INFORMATIONEN

ALLGEMEIN

Auftragsnummer	2026002674
Maßnahme	Frauenakademie 2026
Auftragsbezeichnung	Frauenakademie 2026
Auftragsbeschreibung	Leistungsgegenstand ist eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme für Frauen in Form einer Frauenakademie. Vorrangiges Ziel ist die Integration der Teilnehmenden in sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit. Der individuelle Coachingbedarf ist durch ein breites modulgebundenes Angebot in Akademieform mit Pflicht- und Wahlmodulen abzudecken. Zudem soll ein interessantes Vortrags- und Workshopangebot entwickelt und angeboten werden.

VERFAHREN

Auftraggeber	Landkreis Marburg-Biedenkopf
Auftraggebertyp	Öffentlicher Auftraggeber
Liefer-/Ausführungsort	35043Marburg
Leistungsart	Dienstleistung
Vergabeart	Öffentliche Ausschreibung(UVgO)

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Nein								
Art der losweisen Vergabe									
Zuschlagskriterium	Wirtschaftlichstes Angebot Berechnungsmethode: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung Gewichtung: 30%: 70%								
Klassifizierungen	<table><thead><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr></thead><tbody><tr><td>50400000-9</td><td>Reparatur und Wartung von medizinischen Geräten und Präzisionsgeräten</td></tr><tr><td>79634000-7</td><td>Berufsberatung</td></tr><tr><td>85312300-2</td><td>Orientierungs- und Beratungsdienste</td></tr></tbody></table>	Code	Bezeichnung	50400000-9	Reparatur und Wartung von medizinischen Geräten und Präzisionsgeräten	79634000-7	Berufsberatung	85312300-2	Orientierungs- und Beratungsdienste
Code	Bezeichnung								
50400000-9	Reparatur und Wartung von medizinischen Geräten und Präzisionsgeräten								
79634000-7	Berufsberatung								
85312300-2	Orientierungs- und Beratungsdienste								

ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	https://portal.deutsche-e-vergabe.de
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB
Hinweis zur Angebotsabgabe	Sofern lt. Aufforderung zur Abgabe von Angeboten, Formular 211 - Nr. 8 die Abgabe "elektronisch in Textform" zugelassen wird, ist das Angebot in dieser Form über die Deutsche eVergabe einzureichen.

SONSTIGE ANGABEN

Vertragsart	< Keine Angabe >
-------------	------------------

TERMINE

ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

BEKANNTMACHUNG

Vorinformation	
Bekanntmachung	22.05.2026

ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Angebotsfrist	23.06.2026 11:15:00
Frist Bieterfragen	22.06.2026 11:15
Eröffnungstermin	
Bindefrist	31.12.2026
Versand Vorabinformation	

AUFTRAGSDAUER

Beginn	01.01.2027
Ende	30.06.2028
Anmerkungen	

ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter <https://portal.deutsche-e-vergabe.de> mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

Bieterfragen müssen bis spätestens 22.06.2026 11:15 Uhr eingegangen sein.

Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert.

Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden.

Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: <https://portal.deutsche-e-vergabe.de>

Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

Hinweis: Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

BIETERFRAGEN

INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG

Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

LANDKREIS



 **MARBURG
BIEDENKOPF**

Vergabestelle

Landkreis Marburg-Biedenkopf

- Zentrale Vergabestelle -

Im Lichtenholz 60

35043 Marburg

Deutschland

Datum der Versendung

Vergabeart

- ☒ Öffentliche Ausschreibung
 Beschränkte Ausschreibung
 Beschränkte Ausschreibung mit
 Teilnahmewettbewerb
 Verhandlungsvergabe
☐ Internationale NATO-Ausschreibung

Ablauf der Angebotsfrist

Datum

23.06.2026

Uhrzeit

11:15:00

Bindefrist endet am 31.12.2026

Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

(Vergabeverfahren gemäß UVgO)

Bezeichnung der Leistung:

Maßnahmennummer

Maßnahme

2026002674

Frauenakademie 2026

Vergabenummer

Leistung

2026002674

Frauenakademie 2026

Anlagen**A) die beim Bieter verbleiben und im Vergabeverfahren zu beachten sind:**

- ☒ 632 Bewerbungsbedingungen (Ausgabe 2017)
☐ 227 Zuschlagskriterien

☐☐☐☐☐**B) die beim Bieter verbleiben und Vertragsbestandteil werden:**

- ☒ Teile der Leistungsbeschreibung: Beschreibung, Pläne, sonstige Anlagen

- ☒ 634 Besondere Vertragsbedingungen

- ☒ 635 Zusätzliche Vertragsbedingungen (Ausgabe 2017)

- ☐ 241 Abfall

- ☐ 244 Datenverarbeitung

- ☐ 246 Aufträge für Gaststreitkräfte

- ☐ 247 Aufträge mit besonderen Anforderungen aufgrund Geheimschutz oder Sabotageschutz

- ☐ 625 NATO Infrastrukturbauten

☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐

C) die, soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind:

- ☒ 633 Angebotsschreiben
- ☒ Teile der Leistungsbeschreibung: Leistungsverzeichnis/Leistungsprogramm
- ☒ 124_LD Eigenerklärung zur Eignung
- ☐ 125 Sicherheitsauskunft und Verpflichtungserklärung Teilnehmer
- ☐ 234 Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- ☐ 248 Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten
- ☒ Eigenerklärung zur Eignung (124_LD) siehe auch Ziffer 6 Formular 632; Ausnahme: Bei Angeboten unterhalb von 30.000 € (netto) ist in jedem Fall die Eigenerklärung zur Eignung (124_LD) beizufügen.

D) die ausgefüllt auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen sind:

- ☐ 126 Sicherheitsauskunft und Verpflichtungserklärung – Nachunternehmer/Unterauftragnehmer

1 Es ist beabsichtigt, die in beiliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung

des Kreisausschusses des Landkreises Marburg-Biedenkopf

zu vergeben.

2 Kommunikation

Die Kommunikation erfolgt

- ☒ elektronisch über die Vergabepattform
- ☐ in Textform unter nachstehender Anschrift:

Stelle

Straße

PLZ/Ort

Fax

E-Mail

3 Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise)

Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung (Angebotsschreiben Nummer 6) einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.

3.1 Folgende Unterlagen sind mit dem Angebot einzureichen:

- ☐ siehe (Auftrags)Bekanntmachung
- ☒ siehe Leistungsbeschreibung bzw. Kriterienkatalog

3.2 Folgende Unterlagen sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen

- ☐ siehe (Auftrags)Bekanntmachung
☒ siehe Leistungsbeschreibung bzw. Kriterienkatalog

☐
☐
☐
3.3 - frei -**4 Losweise Vergabe**

- ☒ nein
 ja, Angebote sind möglich
☐ nur für ein Los
☐ für ein Los oder mehrere Lose

☐ nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

5 Nebenangebote

5.1 ☒ Nebenangebote sind nicht zugelassen, Nummer 4 der Bewerbungsbedingungen gilt nicht.

5.2 ☐ Nebenangebote sind zugelassen (siehe auch Nummer 4 der Bewerbungsbedingungen) -
 ausgenommen Nebenangebote, die ausschließlich Preisnachlässe mit Bedingungen beinhalten -
☐ für die gesamte Leistung
☐ nur für nachfolgend genannte Bereiche:

☐ mit Ausnahme nachfolgend genannter Bereiche:

unter folgenden weiteren Bedingungen:

☐
☐
6 Angebotswertung

Kriterien für die Wertung der Haupt- und ggf. Nebenangebote

- ☒ Zuschlagskriterium Preis
 Der Preis wird aus der Wertungssumme des Angebotes ermittelt.
 Die Wertungssummen werden ermittelt aus den nachgerechneten Angebotssummen,
 insbesondere unter Berücksichtigung von Nachlässen.
- ☐ Mehrere Zuschlagskriterien gemäß Formblatt Zuschlagskriterien
 Werkstätten für Behinderte wird bei der Berechnung der Wertungssumme ein Bonus von 15 Prozent eingeräumt.
 Ist ein Angebot, das von einer Werkstatt für Behinderte abgegeben wurde, ebenso wirtschaftlich wie ein
 anderes Angebot, so wird der Zuschlag auf das Angebot der Werkstatt für Behinderte erteilt.
 Der Nachweis der Eigenschaft als Werkstatt für Behinderte ist mit dem Angebot zu führen.

7 Zugelassene Angebotsabgabe☒ Elektronisch☒ in Textform ☐ mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel ☐ mit qualifizierter/m Signatur/Siegel

Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform muss der Bieter zu erkennen sein; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur/dem geforderten Siegel zu versehen.

Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabeplattform der Vergabestelle zu übermitteln.

☐ Schriftlich

Das beigelegte Angebotsschreiben ist zu unterzeichnen und zusammen mit den Anlagen in verschlossenem Umschlag bis zum Ablauf der Angebotsfrist an folgende Anschrift zu senden oder dort abzugeben:

☐ siehe Briefkopf

☐ Stelle: Kreisausschuss des Landkreises Marburg-Biedenkopf – Submissionsstelle – Im Lichtenholz 60, 35043 Marburg

Der Umschlag ist außen mit Namen (Firma) und Anschrift des Bieters und der Angabe

„Angebot für

Maßnahmennummer: 2026002674	Maßnahme: Frauenakademie 2026
Vergabenummer: 2026002674	Leistung: Frauenakademie 2026

”

zu versehen, ggf. unter Verwendung eines bereit gestellten Kennzettels.

8 Nachprüfungsstelle

9

Bewerbungsbedingungen für die Vergabe von Leistungen

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der "Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte", (Unterschwellenvergabeordnung - UVgO).

1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat es unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

3 Angebot

3.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

3.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Das Angebot ist bis zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Ein nicht form- oder fristgerecht eingereichtes Angebot wird ausgeschlossen.

3.3 Eine selbst gefertigte Abschrift oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zulässig.

Die von der Vergabestelle vorgegebene Langfassung des Leistungsverzeichnisses ist allein verbindlich.

3.4 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

3.5 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

3.6 Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Einheitspreise auf verschiedene Einheitspreise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb werden Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulationen“ auf andere Leistungspositionen umlegt, von der Wertung ausgeschlossen.

3.7 Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden

und

- an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

4 Nebenangebote

4.1 Soweit an Nebenangebote Mindestanforderungen gestellt sind, müssen diese erfüllt werden; im Übrigen müssen sie im Vergleich zur Leistungsbeschreibung qualitativ und quantitativ gleichwertig sein. Die Erfüllung der Mindestanforderungen bzw. die Gleichwertigkeit ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen.

4.2 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.

Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Leistung erforderlich sind.

Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.

- 4.3 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).
- 4.4 Nebenangebote, die den Nummern 4.1 bis 4.3 nicht entsprechen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

5 Bietergemeinschaften

- 5.1 Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
 - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.
- Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.
- 5.2 Sofern nicht öffentlich ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.

6 Eignung

Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot

- **Entweder die** ausgefüllte „Eigenerklärung zur Eignung für Liefer-/Dienstleistungen“
 - **Oder** eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE)
- vorzulegen.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ bzw. in der EEE genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Stattdessen kann der Nachweis auch durch Eintrag in einem amtlichen Verzeichnis (z.B. dem durch die Industrie- und Handelskammer eingerichteten PQ-Verzeichnis) oder durch Vorlage eines Zertifikates im Sinne der europäischen Zertifizierungsstandards geführt werden.

Name und Anschrift des Bieters
(Firmenname lt. Handelsregister)

Ort:
Datum:
Tel.:
Fax:
e-mail:
USt.-ID-Nr.:
HR-Nr.:
Registergericht
BlmA-Nummer

(Name und Anschrift der Vergabestelle)

Landkreis Marburg-Biedenkopf
- Zentrale Vergabestelle -
Im Lichtenholz 60
35043 Marburg
Deutschland

Angebotsschreiben

Bezeichnung der Leistung:

Maßnahmennummer Maßnahme
2026002674 **Frauenakademie 2026**

Vergabenummer Leistung
2026002674 **Frauenakademie 2026**

Anlagen¹, die Vertragsbestandteil werden

- ☐ Leistungsverzeichnis/Leistungsprogramm (Kurz- oder Langfassung) mit den Preisen sowie den geforderten Angaben und Erklärungen
- ☐ 234 Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- ☐ 235 Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen
- ☐ 248 Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten
- ☐ Nebenangebot(e)
- ☐ _____
- ☐ _____
- ☐ _____
- ☐ _____

Anlagen¹, die der Angebotserläuterung dienen, ohne Vertragsbestandteil zu werden

- ☐ 124 LD Eigenerklärung zur Eignung
- ☐ Einheitliche Europäische Eigenerklärung
- ☐ _____
- ☐ _____

1 vom Bieter anzukreuzen und beizufügen

- 1 **Ich/Wir biete(n) die Ausführung der oben genannten Leistung zu den von mir/uns eingesetzten Preisen an.
An mein/unser Angebot halte(n) ich/wir mich/uns bis zum Ablauf der Bindefrist gebunden.**

- 2 **Die Angebotsendsumme des Hauptangebotes gem. Leistungsbeschreibung beträgt einschl. Umsatzsteuer** _____ **Euro**

- 3 **Anzahl der Nebenangebote** _____ **St.**

- 4 **Preisnachlass ohne Bedingung auf die Abrechnungssumme für Haupt- und alle Nebenangebote** _____ **%**

- 5 **Bestandteil meines/unseres Angebots sind neben diesem Angebotsschreiben und seinen Anlagen:**
 - Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B), Ausgabe 2003,
 - Unterlagen gem. Aufforderung zur Angebotsabgabe, Anlagen – Teil B

- 6 **Ich/Wir erklären, dass**
 - ich/wir die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung erfülle(n).
 - ich/wir den Wortlaut der vom Auftraggeber verfassten Langfassung des Leistungsverzeichnisses als alleinverbindlich anerkenne(n).
 - mir/uns zugegangene Änderungen der Vergabeunterlagen Gegenstand meines/unseres Angebotes sind.
 - das vom Auftraggeber vorgeschlagene Produkt Inhalt meines/unseres Angebotes ist, wenn Teilleistungsbeschreibungen des Auftraggebers den Zusatz „oder gleichwertig“ enthalten und von mir/uns keine Produktangaben (Hersteller- und Typbezeichnung) eingetragen wurden.
 - falls von mir/uns mehrere Nebenangebote abgegeben wurden, mein/unser Angebot auch die Kumulation der Nebenangebote, die sich nicht gegenseitig ausschließen, umfasst.
 - ich/wir einen pauschalen Schadensersatz in Höhe von 15 Prozent der Bruttoabrechnungssumme dieses Vertrages entrichten werde, falls ich/wir aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen habe(n), die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, es sei denn, ich/wir weise(n) einen geringeren Schaden nach.

Unterschrift (bei schriftlichem Angebot)

Ist

- bei einem elektronisch übermittelten Angebot in Textform der Bieter nicht erkennbar,
- ein schriftliches Angebot nicht an dieser Stelle unterschrieben oder
- ein elektronisches Angebot, das signiert/mit elektronischem Siegel versehen werden muss, nicht wie vorgegeben signiert/mit elektronischem Siegel versehen,

wird das Angebot ausgeschlossen.

Vergabenummer	2026002674
---------------	------------

Maßnahme
Frauenakademie 2026

Leistung
Frauenakademie 2026

BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN

Die §§ beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).

1 Überwachung der Anlieferung

Die Überwachung obliegt dem Auftraggeber. Dieser hat den Architekten/Ingenieur

mit der Wahrnehmung beauftragt. Anordnungen dürfen nur vom Auftraggeber bzw. vom beauftragten Architekten/Ingenieur getroffen werden.

2 Anlieferungs- oder Annahmestelle

Ort _____
Gebäude _____
Raum _____

3 Ausführungsfristen

Anlieferung 01.01.2027
Ende der Ausführung 30.06.2028
folgende Einzelfristen sind Vertragsfristen:

4 Vertragsstrafen (§ 11)

Der Auftragnehmer hat als Vertragsstrafe für Verzug zu zahlen:

4.1 bei Überschreitung der unter 3. genannten Fristen

- ☐ für jede vollendete Woche _____ Prozent
☐ für jeden Werktag _____ Prozent

desjenigen Teils der Leistung, der nicht genutzt werden kann. Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe bei der Überschreitung von Einzelfristen ist der nicht nutzbare Teil der Leistung, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

4.2 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt _____ Prozent der Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt.

4.3 Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung verbindlicher Zwischentermine (Einzelfristen als Vertragsfristen) werden auf eine durch den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für die Vollendung der Leistung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

5 Rechnungen (§ 15)

Alle Rechnungen sind beim Auftraggeber

_____ -fach und zugleich

bei _____

_____ -fach einzureichen.

6 Sicherheitsleistung (§ 18)**6.1 Stellung der Sicherheit**

Sicherheit für die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen des Auftragnehmers aus dem Vertrag ist in Höhe von 5%

Prozent der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) zu leisten, sofern die Auftragssumme mindestens 50.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, und wenn dies für die sach- und fristgemäße Leistung ausnahmsweise erforderlich erscheint.

Sicherheit kann wahlweise durch Hinterlegung von Geld oder durch Bürgschaft geleistet werden.

6.2 Sicherheitsleistung durch Bürgschaft

Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, ist dafür das Formblatt „**Vertragserfüllungsbürgschaft**“ des Vergabe- und Vertragshandbuchs für die Baumaßnahmen des Bundes (VHB) zu verwenden oder die Bürgschaftserklärung muss inhaltlich vollständig dem Formblatt des Auftraggebers entsprechen.

Die Bürgschaftsurkunden enthalten folgende Erklärung des Bürgen:

- "Der Bürge übernimmt für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht.
- Auf die Einreden der Vorausklage gemäß § 771 BGB wird verzichtet.
- Die Bürgschaft ist unbefristet; sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.
- Die Bürgschaftsforderung verjährt nicht vor der gesicherten Hauptforderung. Nach Abschluss des Bürgschaftsvertrages getroffene Vereinbarungen über die Verjährung der Hauptforderung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer sind für den Bürgen nur im Falle seiner schriftlichen Zustimmung bindend.
- Gerichtsstand ist der Sitz der zur Prozessvertretung des Auftraggebers zuständigen Stelle."

7 Zahlungsbedingungen (§ 17)

Vorauszahlungen werden nur geleistet, wenn nachfolgend eine Regelung getroffen ist.

8 - frei -**9 Weitere Besondere Vertragsbedingungen**

Weitere Besondere Vertragsbedingungen (Fortsetzung Formular 634)

9.1 Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) vom 12. Juli 2021, GVBl. S. 338

Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn entsprechend den Vorgaben des § 4 HVTG zur Zahlung des Mindestlohns gemäß § 20 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) bzw. des Tariflohns nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) nicht auf Beschäftigte bezieht, die bei einem Bieter oder Nachunternehmer im EU-Ausland beschäftigt sind und die Leistung im EU-Ausland erbringen.

Mit der Angebotsabgabe werden nachstehende Erklärungen abgegeben:

1. Ich/Wir verpflichte/n mich/uns,
 - meinen/unseren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung mindestens diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts zu gewähren, die dem jeweils geltenden Tarifvertrag nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 HVTG oder der jeweils geltenden Rechtsverordnung nach § 4 Abs. 1 Nr. 3 HVTG entsprechen. Soweit die Leistungen nicht von Abs. 1, sondern von § 4 Abs. 2 HVTG erfasst werden, verpflichte/n ich/wir mich/uns, bei der Ausführung der Leistung mindestens ein Entgelt und die Leistungen zu gewähren, die den Vorgaben des MiLoG entsprechen. Ich/wir nehme/n weiterhin zur Kenntnis, dass bei Vorliegen von Anhaltspunkten dafür, dass gegen diese Verpflichtungen verstoßen wird, auf Anforderung dem öffentlichen Auftraggeber oder dem Besteller deren Einhaltung nachzuweisen ist.
 - meinen / unseren Beschäftigten bei der Ausführung einer Leistung über Verkehrsleistungen und freigestellte Schülerverkehre mindestens das in Hessen für diese Leistung in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung und der für entgeltrelevant erklärten Bestandteile dieser Tarifverträge zu zahlen und Erhöhungen während der Ausführungszeit vorzunehmen. Ausgenommen hiervon sind Auszubildende.
2. Ich/Wir erkläre/n, dass ich/wir nicht wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG (Bußgeldvorschriften) mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro belegt worden bin/sind und damit nicht die Voraussetzungen für einen Ausschluss von der Auftragsvergabe nach § 19 Abs. 1 und 3 MiLoG vorliegen.
3. Ich/Wir verpflichte/n mich/uns, für den Fall des Einsatzes von Nachunternehmen, die Erfüllung der Verpflichtungen nach den §§ 4 und 5 HVTG durch die Nachunternehmen sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber nach Auftragserteilung, spätestens vor Beginn der Ausführung der Leistung durch das Nachunternehmen, eine Verpflichtungserklärung des Nachunternehmens im vorstehenden Sinne vorzulegen. Gleiches gilt, wenn ich/wir oder ein beauftragtes Nachunternehmen zur Ausführung des Auftrags Arbeitskräfte eines Verleihunternehmens einsetze(n)/einsetzt. Diese Verpflichtung gilt entsprechend auch für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

dass ein nachweislich schuldhafter Verstoß gegen meine/unsere Verpflichtungen

- den Ausschluss meines/unseres Unternehmens von diesem Vergabeverfahren zur Folge haben kann,

- den Ausschluss meines/unseres Unternehmens für die Dauer von bis zu drei Jahren von der Vergabe öffentlicher Aufträge der ausschließenden Vergabestelle zur Folge haben kann,
- ein solcher Verstoß eine schwere Verfehlung nach § 17 Abs. 2 HVTG darstellt, die gemäß § 17 Abs. 9 HVTG der Informationsstelle bei der Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main mitgeteilt wird,
- nach Vertragsschluss den Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung berechtigen kann.

9.2 Antikorruptionsklausel

1. Die Vertragsparteien erklären ihren festen Willen, jeglicher Form von Korruption entgegenzuwirken.
2. Der Auftraggeber ist zum Rücktritt aus wichtigem Grund berechtigt, wenn eine Vorteilsgewährung (§ 333 StGB) oder eine Bestechung (§ 334 StGB) vorliegt. Weitere wichtige Gründe sind die Abgabe von Angeboten, die auf wettbewerbsbeschränkenden Absprachen im Sinne des § 298 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) beruhen, sowie die Beteiligung an unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne des GWB, insbesondere eine Vereinbarung mit Dritten über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über zu fordernde Preise, über die Entrichtung einer Ausfallentschädigung (Gewinnbeteiligung oder sonstige Abgaben) und über die Festlegung von Preisempfehlungen. Außerdem behält sich der Auftraggeber vor, Unternehmen bei entsprechenden Verstößen von zukünftigen Vergaben für eine bestimmte Zeit gemäß dem Gemeinsamen Runderlass vom 12. Dezember 2017 (StAnz. 2018 S. 15) betreffend den Ausschluss von Bewerbern und Bietern wegen schwerer Verfehlungen, die ihre Zuverlässigkeit in Frage stellen, auszuschließen.
3. Tritt der Auftraggeber nach Absatz 2 vom Vertrag zurück, so ist er berechtigt, die bisherigen Lieferungen zurückzugeben. Den Wert nicht zurückgegebener Lieferungen oder bereits in Anspruch genommener Leistungen hat er anteilig im Rahmen des Vertragspreises dem Auftragnehmer zu vergüten. Für zurückgegebene Lieferungen hat der Auftragnehmer das dafür bereits gezahlte Entgelt dem Auftraggeber zurückzuerstatten.
4. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber alle Schäden zu ersetzen, die unmittelbar oder mittelbar durch den Rücktritt vom Vertrag entstehen. Andere Rechte als Ansprüche auf Vergütung in Anspruch genommener Lieferungen und Leistungen stehen dem Auftragnehmer aufgrund des Rücktritts nicht zu. Von den gesetzlichen Regelungen über das Rücktrittsrecht bleiben lediglich die §§ 347 bis 351 und 354 BGB unberührt.
5. Liegt ein Rücktrittsgrund nach Absatz 2 vor, so hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber eine Vertragsstrafe zu zahlen, unabhängig davon, ob der Auftraggeber von seinem Rücktrittsrecht nach Absatz 2 ganz oder teilweise Gebrauch macht. Die Höhe der Vertragsstrafe beträgt das 50-fache des Wertes der angebotenen, versprochenen oder gewährten Geschenke oder sonstigen Vorteile in Korruptionsfällen, höchstens jedoch 10 Prozent des vereinbarten Auftragspreises ohne Umsatzsteuer. Ist ein Wert im Sinne von Satz 1 nicht feststellbar, beträgt die Vertragsstrafe 10 Prozent des gesamten Auftragswertes ohne Umsatzsteuer. Schadensersatzansprüche bleiben unberührt.

9.3 Ergänzung zu Nr. 6 des Formblattes 631 (UVgO– Aufforderung zur Abgabe eines Angebots)

Werkstätten für Behinderte, **Blindenwerkstätten und Inklusionsbetrieben** wird bei der Berechnung der Wertungssumme zum Angebotspreis ein Bonus von 15 Prozent eingeräumt.

Ist ein Angebot, das von einer Werkstatt für Behinderte, **Blindenwerkstätten oder Inklusionsbetrieben** abgegeben wurde, ebenso wirtschaftlich wie ein anderes Angebot, so

wird der Zuschlag auf das Angebot der Werkstatt für Behinderte, **Blindenwerkstätten oder Inklusionsbetrieben** erteilt.

Der Nachweis der Eigenschaft als Werkstatt für Behinderte, **Blindenwerkstatt oder Inklusionsbetrieb** ist mit dem Angebot zu führen.

9.4 Vorbehalt der Vergabe ohne weitere Verhandlungen

Bei Verhandlungsverfahren mit und ohne Teilnahmewettbewerb behalten wir uns vor, den Zuschlag auch ohne weitere Verhandlungen im Verfahren zu vergeben.

- Ende der Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen -

Zusätzliche Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen

1 Art und Umfang der Leistungen (§ 1 VOL/B)

Die vereinbarten Preise enthalten auch die Kosten für Verpackung, Aufladen, Beförderung bis zur Anlieferungs- oder Annahmestelle und Abladen, wenn in der Leistungsbeschreibung nichts anderes angegeben ist.

Der Auftragnehmer hat Packstoffe zurückzunehmen und ggf. auf seine Kosten zu beseitigen. Etwaige Patentgebühren und Lizenzvergütungen sind durch den Preis für die Leistung abgegolten.

2 Änderung der Leistung (§ 2 Nummer 3 VOL/B)

2.1 Beansprucht der Auftragnehmer aufgrund von § 2 Nummer 3 eine erhöhte Vergütung, muss er dies dem Auftraggeber unverzüglich - möglichst vor Ausführung der Leistung und möglichst der Höhe nach - schriftlich mitteilen.

2.2 Der Auftragnehmer hat auf Verlangen die durch die Änderung der Leistung bedingten Mehr- oder Minderkosten nachzuweisen.

3 Ausführung der Leistung (§ 4 VOL/B)

Der Auftraggeber kann sich über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung unterrichten.

4 Güteprüfung (§ 12 Nummer 2 VOL/B)

Verlangt der Auftraggeber eine im Vertrag nicht vereinbarte Güteprüfung, werden dem Auftragnehmer die dadurch entstandenen Kosten erstattet.

5 Abnahme (§ 13 VOL/B)

5.1 Die Lieferung oder Leistung wird förmlich abgenommen.

5.2 Die Gefahr geht, wenn nichts anderes vereinbart ist, auf den Auftraggeber über

- bei Lieferleistungen mit der Übernahme an der Anlieferungsstelle,
- bei Aufbauleistungen mit der Abnahme.

6 Mängelansprüche (§ 14 VOL/B)

Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beginnt mit der Abnahme der Leistung.

7 Rechnungen (§§ 15 und 17 VOL/B)

7.1 Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) aufzustellen; der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer, bei Schlussrechnungen zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung gilt.

Beim Überschreiten von Vertragsfristen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, wird die Differenz zwischen dem aktuellen Umsatzsteuerbetrag und dem bei Fristablauf maßgebenden Umsatzsteuerbetrag nicht erstattet.

7.2 In jeder Rechnung sind Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen und die bereits erhaltenen Zahlungen mit gesondertem Ausweis der darin enthaltenen Umsatzsteuerbeträge anzugeben.

8 Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen (§ 16 VOL/B)

Der Auftragnehmer hat über Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen arbeitstäglich Listen in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Diese müssen

- das Datum,
- die genaue Bezeichnung des Ausführungsortes,
- die Art der Leistung,
- die Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs-, Lohn- oder Gehaltsgruppe,
- die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft, ggf. aufgegliedert nach Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit, sowie nach im Verrechnungssatz nicht enthaltenen Erschwerissen und
- die Gerätekenngößen enthalten.

Rechnungen über Stundenverrechnungssätze müssen entsprechend den Listen aufgegliedert werden. Die Originale der Listen behält der Auftraggeber, die bescheinigten Durchschriften erhält der Auftragnehmer.

Bezeichnung der Bauleistung:

Maßnahmennummer 2026002674	Baumaßnahme Frauenakademie 2026
Vergabenummer 2026002674	Leistung Frauenakademie 2026

Erklärung der Bieter- /Arbeitsgemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bietergemeinschaft,

Bevollmächtigter Vertreter

Mitglied _____

USt-ID: _____

Weitere Mitglieder

Mitglied _____

USt-ID: _____

Mitglied _____

USt-ID: _____

Mitglied _____

USt-ID: _____

beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden und erklären¹, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, zur Entgegennahme der Zahlungen mit befreiender Wirkung berechtigt ist und alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

_____ Ort	_____ Datum	_____ Unterschrift
--------------	----------------	-----------------------

_____ Ort	_____ Datum	_____ Unterschrift
--------------	----------------	-----------------------

_____ Ort	_____ Datum	_____ Unterschrift
--------------	----------------	-----------------------

_____ Ort	_____ Datum	_____ Unterschrift
--------------	----------------	-----------------------

¹ Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben, Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.

Eigenerklärung zur Eignung in folgendem Vergabeverfahren

Maßnahmennummer 2026002674Vergabenummer 2026002674

Vergabeart

- ☒ Öffentliche Ausschreibung
 Beschränkte Ausschreibung
 Verhandlungsvergabe

Offenes Verfahren
 Nichtoffenes Verfahren
 Verhandlungsverfahren
 Wettbewerblicher Dialog

☐ Internationale NATO-Ausschreibung

Maßnahme

Frauenakademie 2026

Leistung

Frauenakademie 2026

- ☐ Bewerber*)
☐ Bieter)
☐ Mitglied der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft)
☐ Nachunternehmer)
☐ anderes Unternehmen)

☐ Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen

Euro

Euro

Euro

Angaben zu Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten drei¹ Jahren vergleichbare Leistungen ausgeführt habe/haben.

Falls mein/unser Teilnahmeantrag/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir drei Referenzen aus den letzten drei Jahren mit mindestens folgenden Angaben benennen:

Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum

Bei einem Teilnahmewettbewerb sind die Angaben zu Leistungsart, Auftragssumme und Ausführungszeitraum bereits mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

Angaben zu Arbeitskräften

Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Beschäftigten zur Verfügung stehen.

Falls mein/unser Teilnahmeantrag/Angebot in die engere Wahl gelangt, werde ich/werden wir die Zahl der in den letzten drei Jahren jahresdurchschnittlich Beschäftigten angeben. Die für die Leitung vorgesehenen Personen werde ich benennen.

*) zutreffendes ankreuzen

¹ Soweit in der Bekanntmachung ein abweichender Zeitraum angegeben wurde, ist dieser maßgebend.

Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes

- ☐ Ich bin nicht zur Eintragung in ein Berufsregister verpflichtet.
- ☐ Ich bin eingetragen bei: _____

Falls mein/unser Teilnahmeantrag/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir zur Bestätigung meiner/unserer Erklärung die entsprechende Bescheinigung vorlegen.

Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation

- ☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.
- ☐ Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werde ich/werden wir ihn vorlegen.

Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt

Ich/Wir erkläre(n), dass

- ☐ für mein/unser Unternehmen keine Ausschlussgründe gemäß § 123 oder § 124 GWB vorliegen
- ☐ ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind
- ☐ für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 124 GWB vorliegt.
- ☐ zwar für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 123 GWB vorliegt, ich/wir jedoch für mein/unser Unternehmen Maßnahmen zur Selbstreinigung ergriffen habe(n), durch die für mein/unser Unternehmen die Zuverlässigkeit wieder hergestellt wurde

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen² vorlegen.

Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft

Ich bin/Wir sind Mitglied der Berufsgenossenschaft.

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten angemessenen Frist vorgelegt werden müssen und mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen nicht vollständig innerhalb dieser Frist vorgelegt werden.

(Ort, Datum, Unterschrift)³

² soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt

³ nur erforderlich, wenn diese Eigenerklärung nicht Bestandteil eines unterschriebenen Angebotes ist



F. Eigenerklärung zur Eignung

Die Darstellung meiner / unserer Firma entnehmen Sie bitte den folgenden Informationen, in denen die Firma, die Firmengröße, die Ausstattung, Art, Anzahl und Struktur des eigenen Personals und die Schwerpunkte der betrieblichen Tätigkeit dargestellt sind. Mit der Unterschrift zur Abgabe des Angebotes bestätige ich / bestätigen wir die wahrheitsgemäßen Angaben der Eigenerklärung zur Eignung.

Ich bin mir / wir sind uns darüber bewusst, dass nicht wahrheitsgemäße Angaben in der nachfolgenden Erklärung einen Ausschluss von diesem und von weiteren Vergabeverfahren zur Folge haben können.

Berufsgenossenschaft / Haftpflichtversicherung

Mitglied folgender Berufsgenossenschaft (BG) seit:

Mitgliedsnummer der BG lautet:

Haftpflichtversicherungsunternehmen:

Haftpflichtsumme in Euro:

Zusätzliche Angaben über meine / unsere Firma

Rechtsform der Firma:

Art der wirtschaftlichen Tätigkeit, des Gewerbes oder der Branche:

Arbeitsschwerpunkte des Unternehmens:

Geschäftsführer/-in des Unternehmens:

Qualifikation des Fachpersonals für die ausgeschriebene Leistung:

Gesamtzahl der Beschäftigten:

Eintragung Berufs- oder Handelsregister/ Gericht (Ort) / Nr.:

Gesellschafter und Gesellschaftsanteile:

Zertifizierung nach AZAV:

☐ ja ☐ nein

Zulassungsnummer bzw. Zertifikats-Registrier-Nr.:

Zertifikate sind auf Anforderung vorzulegen.

Referenzen über durchgeführte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen mit inhaltlich ähnlicher Zielrichtung wie die ausgeschriebene Leistung

1. Referenz

Bezeichnung der Maßnahme:

Auftraggeber / -in:

Ort der Ausführung:

Ausführungszeitraum:

Auftragswert:

Stichwortartige Benennung des erbrachten maßgeblichen Leistungsumfanges:

2. Referenz

Bezeichnung der Maßnahme:

Auftraggeber / -in:

Ort der Ausführung:

Ausführungszeitraum:

Auftragswert:

Stichwortartige Benennung des erbrachten maßgeblichen Leistungsumfanges:

3. Referenz

Bezeichnung der Maßnahme:

Auftraggeber / -in:

Ort der Ausführung:

Ausführungszeitraum:

Auftragswert:

Stichwortartige Benennung des erbrachten maßgeblichen Leistungsumfanges:

Insolvenz

Ich versichere / wir versichern, dass über mein / unser Vermögen und meine / unsere Einrichtung kein Insolvenzverfahren eröffnet oder beantragt worden ist.

Scientology / Verfassungsschutz

Ich verpflichte mich / wir verpflichten uns sicherzustellen, dass die zur Erfüllung des Auftrages eingesetzten Personen nicht die "Technologie von L. Ron Hubbard" anwenden, lehren oder in sonstiger Weise verbreiten oder Kurse und/oder Seminare nach dieser "Technologie" besuchen und dass keine Verbindungen zu Scientology oder zu Einrichtungen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, bestehen.

Zuverlässigkeit

Ich versichere / wir versichern,

- a) den Zahlungen für Löhne und Gehälter, Steuern und Abgaben sowie den Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß nachzukommen;
- b) keine schweren Verfehlungen, u. a. der nachstehenden Art, begangen zu haben:
 - vollendete oder versuchte Bestechung, Vorteilsgewährung sowie schwere Straftaten, die im Geschäftsverkehr begangen worden sind, insbesondere Diebstahl, Unterschlagung, Erpressung, Betrug, Untreue und Urkundenfälschung;
 - Verstöße gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), u. a. die Beteiligung an Absprachen über Preise oder Preisbestandteile, verbotene Preisempfehlungen, die Beteiligung an Empfehlungen oder Absprachen über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über die Aufrechnung von Ausfallentschädigungen sowie über die Gewinnbeteiligung und Abgaben anderer Anbieter.
- c) dass bei einer Angebotsabgabe eines personell oder gesellschaftlich mit uns verbundenen Bietenden keinerlei konzeptionelle oder preisliche Absprachen stattgefunden haben. Weiterhin versichern wir,
 - dass personell oder gesellschaftlich mit uns verbundene Bietende keinerlei Zugang zu unseren internen Vergabevorgängen haben;
 - dass personell oder gesellschaftlich mit uns verbundene Bietende von uns getrennte Räumlichkeiten jederzeit selbständig nutzen können;
 - dass personell oder gesellschaftlich mit uns verbundene Bietende ihre Personalentscheidungen selbständig ausüben und wir keinerlei Einfluss auf personelle Entscheidungen nehmen. Weiterhin liegt keine personelle Verflechtung mit uns verbundenen Bietenden vor.

Mir / uns ist bekannt, dass gemäß dem Gesetz zur Bekämpfung von Schwarzarbeit in der aktuell gültigen Fassung in Verbindung mit der gemeinsamen Regelung zum Ausschluss von Unternehmen von der Vergabe öffentlicher Aufträge bei illegaler Beschäftigung von Arbeitskräften vom 22. März 1994 vermutet wird, dass die erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt, wer wegen illegaler Beschäftigung (§ 404 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 3 SGB III, §§ 15, 15a, 16 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, § 8 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung) zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen verurteilt oder mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden ist.

Ich versichere / wir versichern, dass solche vorgenannten Strafen oder Bußen während der letzten zwei Jahre nicht gegen mich / uns verhängt worden sind und ich / wir mit keiner temporären Auftragsperre belegt worden bin/sind.

Ich erkläre / wir erklären:

1. Ich nehme / wir nehmen zur Kenntnis, dass ich / wir gemäß § 4 Abs. 1 HVTG die für mich / uns geltenden gesetzlichen, aufgrund eines Gesetzes festgesetzten und unmittelbar geltenden tarifvertraglichen Leistungen zu gewähren habe / haben. Ich nehme / wir nehmen weiterhin zur Kenntnis, dass bei Vorliegen von Anhaltspunkten dafür, dass gegen diese Regelung verstoßen wird, auf Anforderung dem öffentlichen Auftraggeber oder dem Besteller die Einhaltung dieser Verpflichtung nachzuweisen ist.
2. Ich verpflichte mich / wir verpflichten uns, gemäß § 4 Abs. 2 HVTG meinen / unseren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts zu gewähren, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrags entsprechen, an den mein / unser Unternehmen aufgrund des AEntG gebunden ist.
3. Ich verpflichte mich / wir verpflichten uns, gemäß § 4 Abs. 3 und § 6 HVTG meinen / unseren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das den Vorgaben des MiLoG entspricht.
 - Die Erklärung kann entfallen, soweit sie bereits in einem Präqualifizierungsregister hinterlegt ist.
 - Die Einhaltung der nach Bundesrecht oder aufgrund von Bundesrecht für mich / uns geltenden Regelungen von besonders festgesetzten Mindestentgelten (Mindestlohn) als Mindeststandard im Angebot entfällt, soweit nach § 4 HVTG Tariftreue gefordert werden kann und die danach maßgebliche tarifliche Regelung für die Beschäftigten günstiger ist als die für sie nach Bundesrecht geltenden Bestimmungen.
4. Ich erkläre / wir erklären, dass ich / wir nicht wegen eines Verstoßes gegen § 21 MiLoG (Bußgeldvorschriften) mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro belegt worden bin / sind und damit nicht die Voraussetzungen für einen Ausschluss von der Auftragsvergabe nach § 19 Abs. 1 und 3 MiLoG vorliegen.

AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

A. Hinweise

Leistungsbeschreibung und Mindestanforderungen zur Durchführung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nach § 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 45 SGB III im Auftrag des Kreisausschusses Marburg-Biedenkopf

Der Zuschlag wird unter Berücksichtigung aller Umstände an das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Der niedrigste Angebotspreis allein ist nicht entscheidend. Das Angebot hat Preise in Euro auszuweisen. Zur Frage der Umsatzsteuerpflicht/-befreiung ist ein Schreiben des Bundesministeriums für Finanzen zur Kenntnis als Anlage beigefügt (siehe auch Anlage E, Nr. 9). Weitere Auskünfte erteilt die für den Anbieter/die Anbieterin zuständige Finanzbehörde. Ein möglicher Zuschlag im Rahmen der vorliegenden Ausschreibung setzt eine Trägerzulassung voraus. Sollte diese nicht vorliegen, wird das Angebot nicht berücksichtigt.

Ein Angebot gilt als nicht berücksichtigt, wenn bis zum Ablauf der Zuschlagsfrist kein Auftrag erteilt wurde. Die Abgabe von Nebenangeboten ist ausgeschlossen. Werden Nebenangebote eingereicht, wird das Angebot gemäß § 42 Abs. 1 Nr. 6 UVgO ausgeschlossen. Die Beauftragung von Nach-/ Subunternehmen ist ausgeschlossen. Sollte gemäß § 32 Abs. 2 UVgO eine Bewerber- und Bietergemeinschaft ein Angebot abgeben, ist eine gesonderte Erklärung der Bietergemeinschaft nachzureichen. Eine Bietergemeinschaft mehrerer Kooperationspartner ist gem. § 32 Abs. 2 UVgO zulässig. Sie hat mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft rechtsverbindlich unterzeichnete Erklärung beizufügen, in der

- die Bildung einer Bietergemeinschaft erklärt ist,
- alle Mitglieder der Bietergemeinschaft mit Angabe Ihrer Leistungsanteile aufgeführt sind,
- der bevollmächtigte Vertreter der Bietergemeinschaft bezeichnet ist (§ 38 Abs. 12 UVgO) und
- erklärt wird, dass alle Mitglieder der Bietergemeinschaft als Gesamtschuldner haften (§ 34 Abs. 3 UVgO).

Im Ausschreibungstext wird von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) gesprochen, damit sind beide Geschlechter gemeint. Die Formulierung dient ausschließlich der besseren Lesbarkeit.

Die Angebote werden gemäß § 41 ff UVgO wie folgt geprüft und bewertet:

1. formale Prüfung
2. Eignungsprüfung
3. Preisprüfung (30 Prozent Gewichtung) und konzeptionelle Umsetzung des Auftrags (70 Prozent Gewichtung)
4. Wertung

Gemäß § 37 ff UVgO legt der Auftraggeber fest, in welcher Form die Angebote einzureichen sind. Die Angebote sind in deutscher Sprache einzureichen.

Die verbindliche Abgabe des Angebots erfolgt gem. § 38 Nr. 3 UVgO in Textform gem. § 126 b BGB oder mit elektronischer Signatur ausschließlich mithilfe elektronischer Mittel gem. § 7 UVgO. Dies gilt auch für die sonstige Kommunikation nach § 7 UVgO

Angebote, die nicht form- und fristgerecht eingegangen sind, werden gemäß § 42 UVgO ausgeschlossen, es sein denn, der/die Bieter/in hat dies nicht zu vertreten. Angebote, die nicht die geforderten oder nachgeforderten Erklärungen und Nachweise enthalten, werden gemäß § 42 UVgO ausgeschlossen. Der Auftraggeber behält sich vor Erklärungen und Nachweise, die auf Anforderung bis zum Ablauf der Angebotsfrist nicht vorgelegt wurden, bis zum Ablauf einer zu bestimmenden Nachfrist nachzufordern (§ 41 Abs. 2 UVgO). Dies gilt nicht für die Nachforderung von Preisangaben (§ 41 Abs. 3 UVgO).

Mit dem Angebot sind folgende Unterlagen von den Bietern einzureichen:

- Leistungsverzeichnis - siehe D): Im Leistungsverzeichnis trägt der/die Bieter/in die Bruttoangebotssumme für die ausgeschriebene Maßnahmelaufzeit und zugesicherte Platzzahl vom 01.01.2027 bis 30.06.2028 ein.
- Konzept: Das Konzept beschreibt die angebotene Leistung und ist den Angebotsunterlagen beizufügen, im Rahmen der elektronischen Vergabe als Dateianhang (pdf-Format). Das Konzept hat nicht mehr als 12 DIN A 4 Seiten, Mindestdruckgröße 11 inklusive möglicher Anlagen (z.B. Schaubilder, Bieterinformationen etc.) zu umfassen. Anlagen für die Räumlichkeiten (Bau- und Raumpläne, Angebote über mögliche Räumlichkeiten zur Durchführung der Maßnahme) sollen zusätzlich ergänzend hinzugefügt werden. Das Konzept ist entsprechend der Reihenfolge der Wertungskriterien im Bewertungsschema - siehe C. - zu gliedern.
- Kalkulation: Für die ausgeschriebene Platzzahl hat der/die Bieter/in eine formlose Kalkulation zur Prüfung der Auskömmlichkeit vorzulegen. Diese ist den Angebotsunterlagen beizufügen, im Rahmen der elektronischen Vergabe als Dateianhang (pdf-Format).
- Vom Bietenden vollständig ausgefüllte F. Eigenerklärung zur Eignung - siehe Vergabeunterlagen/ Vertragsbedingungen/ Formulare.

Die verbindliche Abgabe des Angebots erfolgt gem. § 38 Nr. 3 UVgO in Textform gem. § 126 b BGB oder mit elektronischer Signatur ausschließlich mithilfe elektronischer Mittel gem. § 7 UVgO. Dies gilt auch für die sonstige Kommunikation nach § 7 UVgO.

Weiterhin erkennt der/die Bieter/in mit der Angebotsabgabe die Anlage KreisJobCenter - siehe E. - an, bestätigt die wahrheitsgemäßen Angaben der Eigenerklärung zur Eignung, erkennt - bei einem Zuschlag durch den Fachbereich

Integration und Arbeit-KreisJobCenter - die vorliegende Maßnahmebeschreibung inklusive der Bestandteile unter D. und E. sowie der Anlagen F. und G. als Vertrag an und verpflichtet sich bei einem Zuschlag durch das KreisJobCenter auf die Umsetzung der angebotenen Leistung zum angegebenen Preis.

Die Maßnahme wird auch durch das Ausbildungs- und Qualifizierungsbudget gefördert. Die Einwilligung der Teilnehmenden zur Erhebung dieser Daten gem. dem Hessischen Datenschutzgesetz (HDSG) wird vorausgesetzt. Die Nichtunterzeichnung der Einwilligungserklärung zum Datenschutz durch die Teilnehmerin begründet einen Ausschlussgrund. Die Maßnahme kann nicht angetreten werden. Die durchführenden Projektträger wirken bei der Erstellung von Verwendungsnachweisen, Sachberichten sowie dem Teilnehmendenmonitoring mit und halten zu Prüfungszwecken die Einwilligungserklärungen gem. dem Hessischen Datenschutzgesetz (HDSG) und Auswertungen zum Teilnehmenden-Monitoring vor (Dauer der Aufbewahrung: 15 Jahre nach Abschluss der Maßnahme). Öffentlichkeitsarbeit: Bei jeglichen Veröffentlichungen sind sowohl die Logobestimmungen des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration, als auch die des Landkreises Marburg-Biedenkopf einzuhalten und zu verwenden. Sämtliche Veröffentlichungen bedürfen der vorherigen Freigabe durch den Fachbereich Integration und Arbeit – KreisJobCenter- sowie des Pressereferates des HSM.

B. Maßnahmebeschreibung

siehe Anlage B (Pdf)

C. Bewertung

siehe Anlage C (Pdf)

1		Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	D. Leistungsverzeichnis	USt. [%] Menge		
		0% 1,00	Bruttoangebotssumme für den Zeitraum 01.01.2027 bis 30.06.2028 und der zugesicherten Platzzahl	pro 1,00 ---

siehe Anlage D (Pdf)

E. Anlage KreisJobCenter

siehe Anlage E (Pdf)

ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____
Summe (brutto)	_____

LEISTUNGSVERZEICHNIS

21.05.2026

Ausschreibung

Verfahren: 2026002674 - Frauenakademie 2026

AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

Verfahren: 2026002674 - Frauenakademie 2026

EIGNUNGSKRITERIEN

Keine Eignungskriterien festgelegt.

LEISTUNGSKRITERIEN

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	B_Maßnahmebeschreibung.pdf	316,85 KB	pdf
Dateianlage	C_Bewertung.pdf	16,13 KB	pdf
Dateianlage	D_Leistungsverzeichnis.pdf	248,73 KB	pdf
Dateianlage	E_AGB- Anlage E - Mai 2026.pdf	308,10 KB	pdf
Dateianlage	G_Umsatzsteuerbefreiung.pdf	236,90 KB	pdf